

,3963/J XXI.GP

Eingelangt am: 04.06.2002

ANFRAGE

**der Abgeordneten Mag. Maier
und Genossinnen
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend "Verkehrskonzept Taxham/Liefering - Forderungen an den Bund"**

Am 20. März 2002 hat der Gemeinderat der Stadt Salzburg zahlreiche bauliche Maßnahmen zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes Taxham/Liefering beschlossen. Darüber hinaus gibt es aber seit längerem Beschlüsse des Gemeinderates und Forderungen an Land bzw. Bund, um im Sinne der betroffenen Anrainer rund um die neuen Bauwerke Stadion, Spaßbad, IKEA und Europark II eine gute und sinnvolle Verkehrsorganisation zu realisieren.

Neben vielen Maßnahmen, welche von der Gemeinde Salzburg und vom Land Salzburg zu realisieren sind, gibt es zwei wichtige Maßnahmen, welche in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Eine davon stellt die Errichtung einer Begleitstraße zur Autobahn A1 (auf dem Gebiet der Gemeinde Wals-Siezenheim) zwischen den Autobahnanschluss-Stellen Kleßheim und Flughafen. Die zweite Maßnahme stellt die Errichtung des Autobahn-Halbanschlusses "Kröbenfeldstraße" dar. Beide Maßnahmen sind für die Entlastung der Anrainer, durch das zu erwartende erhöhte Verkehrsaufkommen, dieser Stadtteile besonders wichtig.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende Anfrage:

1. Sind Ihnen die Forderungen des Gemeinderates von Salzburg an den Bund (ASFINAG), hinsichtlich des Verkehrskonzept Taxham/Liefering, bekannt? Wenn ja, seit wann und in welcher Form wurde diese Ihnen zur Kenntnis gebracht?
2. Welche Haltung nehmen Sie zu diesen Forderungen ein?
3. Welche Haltung, nimmt dazu die ASFINAG ein?
4. Gab es in dieser Frage bereits weiterführende Kontakte, mit den zuständigen Stellen der Gemeinde Salzburg, des Landes Salzburg oder der Gemeinde Wals-Siezenheim?
Wenn ja, wann und mit welchen Stellen? Welche Ergebnisse liegen dazu vor?
Wenn nein, sind solche Gespräche geplant und wann?
5. Sind diese Projekte im GVP (Generalverkehrsplan) enthalten?
6. Wenn ja, mit welchem Zeithorizont und mit welchen veranschlagten Mitteln?

7. Wenn nein, welche Möglichkeit sehen Sie trotzdem, dass diese Forderungen des Gemeinderates Salzburg an den Bund (ASFINAG) Berücksichtigung finden?
8. Werden Sie in dieser Angelegenheit, mit der ASFINAG entsprechende Gespräche führen?